Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : Globalisierung und Reich Gottes

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Globalisierung und Reich Gottes

Dieses erste «Zeichen der Zeit» im Jahr 2000 ist aus einer «politischen Nachtmeditation» mit anschliessendem Gespräch in der Paulus-Akademie Zürich am 31. Dezember 1999 hervorgegangen. So wie eigentlich jedes «Zeichen der Zeit» entstehen müsste: nicht als die Deutungsarbeit eines Einzelnen, sondern als die kollektive Suche nach den Spuren des Reiches Gottes in unserer Welt. Gern erweitere ich das Referat um zahlreiche Impulse aus der Diskussion dieser eindrücklichen Silvesternacht. Der Text beginnt mit dem mehrdeutigen Begriff, der heute unter dem Stich- und Schlagwort «Globalisierung» daherkommt. Es folgt die Frage, welcher (dritte) Weg beschritten werden müsste, damit nicht Profitmaximierung, sondern Solidarität sich globalisieren liesse. Mit der Deutung der Zeichen der Zeit verbindet sich im letzten Abschnitt die Frage nach dem möglichen Kairos dieser Wendezeit, so sie mehr sein soll als nur ein Millenniumswechsel. W.Sp.

1. Globalisierung hat viele Gesichter

Globalisierung hat viele Gesichter. Sie muss nicht nur Ängste auslösen, sie kann auch Grund zur Hoffnung sein. Christinnen und Christen haben schon immer auf Globalisierung gesetzt, zuerst mit dem Projekt «Mission» und später mit dem Projekt «Ökumene». Auch die Linke, so sie authentisch bei sich selber war und ist, hatte und hat sich noch stets als «Internationale» begriffen. Alles hängt davon ab, welche Globalisierung gemeint ist, diejenige der Ausbeutung oder diejenige der Solidarität.

Es gibt zum ersten eine Globalisierung des *Rechts*. Schon Johannes XIII. nannte es ein *«Zeichen der Zeit»*, dass die Menschenrechte heute universell anerkannt werden.[1] Neu ist, dass auch Diktatoren nicht mehr ungestraft davonkommen, wenn sie diese Rechte verletzen. Wie der Fall des Augusto Pinochet zeigt, lässt das Völkerrecht keine Straffreiheit mehr für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu. Der Auslieferungsentscheid der britischen Law-Lords vom 8. Oktober 1999 ist ein millenniumswürdiges Ereignis.

Es gibt sodann eine Globalisierung der *Kommunikation,* die uns mit Lichtgeschwindigkeit über die Kontinente zu «einer Welt» verbindet. Diese Technologie kann im schlimmsten Fall alles zu einem ökonomischen Einheitsbrei plattwalzen, es ist aber ein *Zeichen der Zeit*, dass sie auch die Globalisierung der Solidarität ermöglicht. Das Investitionsabkommen MAI ist an amerikanischen Nichtregierungsorganisationen gescheitert, die den Vertragstext über das Internet weltweit bekannt machten und den globalen Widerstand gegen diese «Lizenz zu plündern» organisierten.[2] Auch das Scheitern der WTO in Seattle ist auf diese weltweite Demokratisierung des Wissens der NGOs zurückzuführen. Es könnte sich als weitere Wegmarke zur Globalisierung der Solidarität erweisen.

Schliesslich gibt es die Globalisierung des *Finanzkapitals*. 1,8 Billionen Dollar umkreisen täglich mit Lichtgeschwindigkeit den Erdball und unterhöhlen auf der Jagd nach Rendite die reale Wirtschaft. Mehr als 90 Prozent dieses Finanzkapitals wird nur noch in die virtuelle Welt der Spekulation mit Währungen, Devisen, Optionen investiert. Es ist ein *Zeichen der Zeit,* dass Gegenbewegungen entstehen, die wie ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions financières pour

l'Aide aux Citoyen-ne-s) für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte eintreten und eine Besteuerung aller Transaktionen des Finanzkapitals verlangen. Ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent würde der Völkergemeinschaft jährlich 100 Mia. Dollar einbringen und die Spekulationen erst noch massiv reduzieren.[3] Weniger globalisiert ist der Austausch industrieller Güter. So finden zum Beispiel 3/4 des Welthandels der EU-Staaten innerhalb des europäischen Binnenmarktes selber statt.

Und am Ende gibt es die Globalisierung im Sinne der *neoliberalen Ideologie* des totalen Marktes. Je mehr diese Ideologie die Akteure der Globalisierung, die «global players» prägt, um so realer wird sie. Es kommt zum Standortwettbewerb, der mörderische und selbstmörderische Züge annimmt.

Wir kennen sie, die neoliberale «Globalisierungskeule», die gegen das Gemeinwohl und die Würde der Arbeit geschwungen wird. Der *Staat* ist nicht mehr Sache der Öffentlichkeit, nicht mehr Republik (res publica) oder Gemeinwesen, er verkümmert zum blossen *Standort* im weltweiten Wettbewerb. Auf dieser abschüssigen Ebene wird dann etwa so argumentiert: Wir brauchen schlechtere Arbeitsbedingungen, denn die Arbeitsbedingungen der anderen sind noch schlechter und dadurch eben besser für das Kapital. Wir müssen Leute entlassen, wenn es den Aktionärsinteressen dient. Soll sich der Staat um die Arbeitslosen kümmern. Allerdings nicht allzu grosszügig. Wir brauchen nämlich auch Sozialabbau, damit die Steuern runter kommen. Sonst hauen die Reichen ab, und sei es nur von Zürich nach Zug oder Schwyz. Sozial ist, wer asozial handelt. Nur wenn die Reichen immer noch reicher werden, hat der Standort Schweiz oder der Standort Zürich eine Chance. Das ist auch gut für die Armen. Wie sonst wollen sie überleben? Und bist du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge.

Der Zürcher Kantonsrat hat eine SP-Motion abgelehnt, die für Personen mit Einkommen unter dem sozialen Existenzminimum eine Steuerbefreiung verlangte. Das Argument der Mehrheit lautete: Der Steuerwettbewerb fordert zwar Steuererleichterungen, aber gewiss nicht für die Kleinen, sondern für die Grossen. Jetzt sammeln wir Unterschriften für eine Initiative mit demselben Ziel. Das wäre «Option für die Armen konkret». Das Volk soll entscheiden, ob es sich einer Logik beugen will, die den Staat erpresst, damit er die Reichen noch mehr hätschle und die Armen noch mehr belaste.

Allen, die nur noch diese Politik der Umverteilung von unten nach oben betreiben, verhilft der neoliberale *Marktfundamentalismus* zu einem guten Gewissen, zu einem perversen Urvertrauen in den Markt, der das Gemeinwohl angeblich von selbst hervorbringt, wenn man ihn nur gewähren lässt. In der Ökumenischen Rundschau lese ich von einem deutschen Ökonomen den Satz: «Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.»[4] Soziale Gerechtigkeit hat ausgedient, ist zum «Schlagwort des Sozialismus» verkommen, wie Friedrich A. von Hayek, der ideologische Begründer des Neoliberalismus, sagt. Der Vorwurf richtet sich insbesondere an die Adresse der christlichen Soziallehre, in der «ein himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt» werde.[5]

Und eben darin sehe ich ein *Zeichen der Zeit,* dass sich die christliche Ökumene immer mehr als politische Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung begreift und dadurch auch der politischen Linken neuen Mut zuspricht. Der Reformierte Weltbund sieht sich durch den «Götzen Markt» herausgefordert. Er hat 1997 an seiner Versammlung in Debrecen die Überwindung des Kapitalismus zu einer Frage des Glaubens, zu einem «processus confessionis» erklärt.[6] Auch die katholische Soziallehre hat in der Verurteilung des Neoliberalismus keinen Nachholbedarf. Ich habe dem Papst für den 1. Januar 2000 eine Enzyklika wider den Neoliberalismus empfohlen und ihm die Zitate aus den bisherigen Sozialenzykliken frei Haus geliefert.[7] Schön wär's, wenn die

katholische Kirche als letzte noch halbwegs funktionierende Internationale ihre eigenen Gläubigen im Sinne dieser Sozialethik evangelisieren würde. Aber noch gibt es «christliche» Parteien, die sich vom Neoliberalismus nur dadurch unterscheiden, dass sie ihn auch noch für christlich halten.

2. Wie globalisieren wir die Solidarität? oder Die Frage nach dem Dritten Weg

Die neoliberale Ideologie erinnert an das Buch *«Der Mensch ohne Alternative»*, das zu Beginn der 60er Jahre die ideologische Auseinandersetzung zwischen West und Ost bewegt und zugleich differenziert hat. Sein Autor war der polnische Philosoph Leszek Kolakowski.[8] Er geisselte den «institutionellen Marxismus», der die Menschen indoktriniere, dass es zu ihm keine Alternative gebe. Wir waren uns einig: Ein System, das keine Alternative zulässt, ist totalitär, unmenschlich, hoffnungslos. Heute ist es der Neoliberalismus, der von sich behauptet, ohne Alternative zu sein. Er setzt wie weiland der Vulgärmarxismus auf den fundamentalistischen Glauben an den Primat der Produktivkräfte und die historische Unausweichlichkeit der Entwicklung.

Aber *welche Alternativen* gibt es zum globalen und totalen Markt? Wir sind uns ausserhalb des Neoliberalismus vielleicht einig, dass wir eine soziale und ökologische Marktwirtschaft nur erhalten oder schaffen können, wenn sie sich europaweit und weltweit etablieren lässt. Wir fordern eine Steuerharmonisierung innerhalb der EU, um das Steuerdumping zu unterbinden. Wir fordern soziale und ökologische Standards auf der Ebene der WTO. Wir fordern die bereits erwähnte Tobin-Tax zur Bändigung des Finanzkapitals. Usw.

Alle diese Vorschläge können den Kapitalismus jedoch bestenfalls zivilisieren, nicht überwinden. Nur, *Überwindung des Kapitalismus* scheint auch für viele, zu viele Linke kein Thema mehr zu sein. Der deutsche Bundeskanzler Schröder erklärt gegenüber der NZZ (18./19.12.99), die Frage nach der «Nützlichkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln» könne nicht einmal mehr gestellt werden, denn sie sei entschieden. Von wem eigentlich? Entsprechend dünn und dürftig fällt aus, was er selbst als «dritten Weg» und «neue Mitte» bezeichnet.

Dabei waren es gerade die verschiedenen Entwürfe eines *Dritten Wegs,* die in der Vergangenheit eine Alternative sowohl zum Staatssozialismus als auch zum Privatkapitalismus sein wollten. Ich bin überzeugt: Sie gehören wieder auf die Tagesordnung des neuen Jahrhunderts.

Erinnert sei an den Dritten Weg der *68er Bewegung*. Sie ging auf «Äquidistanz» zum Kapitalismus wie zum Realsozialismus und forderte die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche, insbesondere der Wirtschaft. Nicht anders wollte zu Beginn dieses Jahrhunderts der *Genossenschaftssozialismus* das grundlegende Partizipationsrecht des arbeitenden Menschen an den Entscheidungen und Erträgen seines Betriebs in einem neuen Gesellschaftssystem verankern. Vor allem der *Religiöse Sozialismus* – vom christlichen Theologen Ragaz bis zum jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber – vertrat diesen Sozialismus «von unten». *Leonhard Ragaz* war Antietatist durch und durch. Er konnte schreiben: «Möglichst wenig Staat! In allem möglichst viel freie Selbstregulierung des Lebens.»[9] Er durfte diese schon fast anarchistische Position einnehmen, weil der Staat für die Umverteilung weniger benötigt würde, wenn schon das Eigentum an den Produktionsmitteln genossenschaftlich verteilt wäre. Wieder entdeckt werden müsste auch *Martin Buber,* der in seinem Buch «Pfade in Utopia» an den «utopischen Sozialismus» anknüpfte und ihn am ehesten im«Kibbuz» verwirklicht sah. «Jerusalem» als Symbol für diese Form der Selbstverwaltung wurde hier zu einem «der beiden Pole des Sozialismus» und damit zur Alternative gegenüber jenem staatssozialistischen Pol, der den «gewaltigen Namen Moskaus» trug.[10]

Dass die Wirtschaft vom Menschen, von seiner Arbeit her ordnungspolitisch gestal-

tet, ja umgestaltet werden müsste, war in den 80er Jahren schon fast eine Selbstverständlichkeit. Ich zitiere prominenteste Stimmen, die damals sagten:

«Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir arbeiten.»

«Im gesellschaftlichen Bewusstsein setzt sich immer mehr der einfache und klare Gedanke durch, dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt. Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt.»

Und: «Von Sozialisierung kann man nur dann sprechen, wenn der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heisst, wenn jeder den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der grossen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet.»

Das erste Zitat stammt von *Lech Walesa,* als er in seiner berühmten Rede vom 31. August 1980 in der Lenin-Werft zu Danzig für die Arbeiterselbstverwaltung eintrat. Ähnlich sprach der zweite hier erwähnte Redner: *Michail Gorbatschow* vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987. Und das dritte Zitat ist einer Enzyklika des noch amtierenden *Papstes* vom 14. September 1981 «Über die Würde der Arbeit» entnommen.[11]

Wie würde die Wirtschaft aussehen, wenn die Arbeit nicht mehr gezwungen wäre, sich den Interessen der *Shareholder* zu unterwerfen, sondern wenn das Kapital sich nach den Interessen der *Workholder* richten müsste? Der Standortwettbewerb wäre ein solcher der Optimierung der Arbeitsverhältnisse. Die Eigenkapitalrendite müsste nicht bis auf 20 und mehr Prozent maximiert werden. Betriebe könnten auch mit bescheideneren Gewinnraten leben und erst recht überleben. Kapital hätte ja keine andere Aufgabe als die, der Arbeit zu dienen. Auch das sagte die eben erwähnte Enzyklika: «Man darf die Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen; man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, denn der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt, ... ist dieser, der Arbeit zu dienen.»[12] Und natürlich würde dieser sozialethische Grundsatz, «dass das Kapital der Arbeit diene und nicht die Arbeit dem Kapital»[13], ebenso global gelten wie der umgekehrte, sozialethisch gesehen geradezu perverse Vorrang des Kapitals vor der Arbeit heute.

Ist, was zu Zeiten des Realsozialismus eine echte Alternative war, keine mehr, seit es nur noch Kapitalismus gibt? Müssten wir das verbliebene System nicht gerade jetzt, wo es sich in massloser Arroganz absolut setzt, in Richtung auf eine solche Alternative zu überwinden suchen. Warum resigniert die *Linke,* warum lässt sie den Siegeszug des Kapitalismus mit geradezu hegelianischer Ergebenheit in «das Wirkliche als das Vernünftige» geschehen? Warum resignieren selbst jene, die für einen Dritten Weg jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus eintraten? Als ob der Sozialismus, den sie wollten, eben doch mit dem «sowjetischen System» untergegangen wäre.

Und warum kämpft die *katholische Weltkirche* nicht entschiedener gegen den Neoliberalismus? In einer weiteren Enzyklika von 1987 hat der gegenwärtige Papst den «liberalistischen Kapitalismus» nicht weniger verurteilt als den «marxistischen Kollektivismus» und den beiden Blöcken damals die «Tendenz zum Imperialismus»[14] vorgeworfen. Jetzt, wo es nur noch einen einzigen Block gibt, der sich erst noch zum universalen System erklärt, das die ganze Welt beherrschen will, jetzt müsste die Kirche doch erst recht von Imperialismus sprechen, gegen ihn antreten und für einen Dritten Weg eintreten.

Statt dessen heisst es von rechts bis links in düsterer Monotonie, der Sozialismus sei gescheitert. Als ob es nicht Formen von Sozialismus gäbe, die nur schon deshalb nicht gescheitert sind, weil sie gar nie die Chance hatten, sich zu bewähren. Ansätze wie der *Prager Frühling 1968* oder die *chilenische Mitbestimmung* unter Allende zu Beginn der 70er Jahre gingen nicht an

sich selbst zugrunde, sie wurden absichtlich zerstört, der eine Ansatz von der kommunistischen, der andere von der kapitalistischen Weltmacht. Wer hat ein Interesse, auch noch die «gefährliche Erinnerung» an diese Experimente zu zerstören?

3. Und das Reich Gottes?

Ich bin nicht nur ein unbussfertiger Sozialist, sondern auch ein bussfertiger Christ. Als unbussfertiger Sozialist sage ich: Wäre der Sozialismus am Ende, dann wäre der Kapitalismus endlos, die vollendete Barbarei, vor der Rosa Luxemburg warnte. Als bussfertiger Christ füge ich hinzu: Wäre der Kapitalismus das Ende der Geschichte, dann hätte auch das Reich Gottes keine Chance mehr zu kommen. Dann wäre das *Christentum nicht weniger gescheitert* als der Sozialismus.

Warum? Weil das Reich Gottes eine Verheissung für Frieden und Gerechtigkeit in einer erneuerten Schöpfung ist. Wäre das Christentum eine *Reich-Gottes-Bewegung,* dann würde es durch seinen Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu einem ethisch begründeten Sozialismus beitragen. Dass es diese Reich-Gottes-Bewegung – trotz aller Kapitalismuskritik in den offiziellen Dokumenten von Kirchenleitungen – nicht oder jedenfalls noch viel zu wenig ist, macht aus der Krise des Sozialismus auch eine Krise des Christentums. Ausser wir projizieren das Reich Gottes in ein Leben nach dem Tod. Dann aber verfälschen wir die zweite Vaterunser-Bitte in eine krude Jenseitshäresie.

Zu mir kommt von Zeit zu Zeit ein *alter Kommunist*. Seine Ideale sind gescheitert. Er meint, mich bewundern zu müssen, weil ich als Christ noch eine andere Hoffnung hätte. Ich antworte ihm, dass ich mir da nicht so sicher sei. Gottes Reich kann auch scheitern, denn Gottes göttlichstes Attribut ist nicht die Macht, schon gar nicht die Allmacht, sondern die Liebe. Nicht nur wir brauchen die Liebe Gottes, sondern Gott braucht auch unsere Liebe. Wenn er sie nicht erhält, dann ist Gott sehr einsam, sehr machtlos, dann hängt er sehr ohnmächtig am Kreuz.[15]

Ohne *Spiritualität* gibt es kein Reich Gottes, keine Überwindung des Kapitalismus, keinen Sozialismus. Ragaz hat dafür die Worte gefunden: «Es muss mehr als Sozialismus geben, damit Sozialismus sein kann.»[16] Wie wahr! Wenn wir den Dritten Weg noch so vollkommen verwirklicht, die Ökonomie noch so durchgehend demokratisiert, den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital in noch so revolutionärer Weise umgesetzt hätten, wären die mit soviel kollektiver Wirtschaftsfreiheit ausgestatteten Menschen noch lange nicht gefeit gegen *kollektiven Egoismus,* sei es als Betriebsegoismus im Umgang mit den Arbeitenden anderer Unternehmungen, sei es als Ethnozentrismus im Umgang mit Menschen anderer Länder oder sei es als Anthropozentrismus im Umgang mit der Natur. Was es braucht, ist eine neue Spiritualität, die den neuen Strukturen adäquat ist, sie nicht nur als menschliche Strukturen hervorbringt, sondern in ihnen auch die Menschlichkeit praktiziert.

Ein sichtlich irritierter *Friedrich Engels* musste einsehen, dass kommunistische Gemeinschaftssiedlungen bislang nur auf einer religiösen Grundlage Bestand hatten. Er irrte, wenn er meinte, solche Gemeinschaften würden sich noch viel mehr verbreiten, wenn sie «von solchen (religiösen – W.S.) Verrücktheiten frei» wären.[17] Es geht nicht ohne Spiritualität. Wir verrückten Christen sind vielleicht die letzten Marxisten. Ich sage das ohne christlichen «Triumphalismus». Spiritualität ist nicht nur eine Sache «religiöser» Menschen, sondern sie müsste als eine ethische Spiritualität auch für jene nachvollziehbar sein, für die der Himmel leer ist.

Ob wir im neuen Millennium dem Reich Gottes näher kommen? *Teilhard de Chardin* würde die heutige Globalisierung mit grosser Begeisterung in die Perspektive der Evolution zum Punkt Omega, dem kosmischen Christus, rücken.[18] Er würde in der Globalisierung der Kommunikation das Zusammenwachsen der Menschheit zu einer geistigen Gemeinschaft, zur «den-

kenden Schicht», zur *«Noosphäre»*, wie er sagte[19], erkennen. (Schon das geophysikalische Jahr 1957 feierte er als Jahr 1 der Noosphäre.) Er wäre überzeugt, dass die Menschen sich in dieser Noosphäre auch menschlich näherkämen, sich zwischenmenschlich immer mehr liebten und sich politisch, ja kosmopolitisch immer solidarischere Strukturen gäben. Teilhard nannte diese Stufe der Evolution die eigentliche *«Sozialisation»*[20]. Den Untergang des Realsozialismus hätte er so wenig bejammert, wie wir das tun. Denn er sah in «Marxismus und Kommunismus» erst «die embryonale oder gar karikaturenhafte Form eines noch wie ein Neugeborenes plärrenden Neo-Humanismus».[21]

Wo aber ist der neue Humanismus, der dieses embryonale Stadium hinter sich lässt? Finden wir ihn vielleicht in der «Genossenschaftlichkeit» wieder, die für den Religiösen Sozialismus wegleitend war und ist: als umfassendes Partizipationsprinzip aller Menschen an den Gütern, die sie benötigen, und an den Entscheidungen, die sie betreffen? Die Frage kann nicht sein, ob diese «Genossenschaftlichkeit» im Trend liegt, sondern ob sie der Ethik und Verheissung des Reiches Gottes entspricht. 1922 schrieb Ragaz Sätze, die vielleicht erst heute ihre volle Aktualität erlangen: «Wir erkannten im Sozialismus ein wunderbares Auftauchen der alten Gottesreichsgedanken. Wir betrachteten ihn im Lichte unserer religiösen Hoffnung... Und wenn alle vorhandenen sozialistischen Programme falsch wären und alle sozialistischen Parteien zusammenbrächen, wir würden nun, nachdem wir diese Wahrheit einmal geschaut haben, trotzdem und erst recht im Namen Gottes und Jesu Christi den Sozialismus verkündigen.»[22] Das wäre auch eine Erklärung, warum Christen immer noch Sozialisten, Christinnen immer noch Sozialistinnen sein können oder sogar sein müssen.

Sei's drum. Das Problem ist nicht, dass der sog. Sozialismus abgewirtschaftet hat, sondern dass der Kapitalismus noch immer wirtschaftet und wir uns von ihm blenden lassen, statt auf der Seite des Reiches Gottes zu arbeiten und zu lieben und natürlich auch zu beten: *Dein Reich komme!*

1 Enzyklika «Pacem in Terris» vom 11. April 1963, Nr. 143ff.
2 Vgl. Markus B. Meier, Das MAI und die pervertierte Ökonomie, in: NW 1999, S. 81ff.
3 Die Plattform der Bewegung ATTAC fordert auch diese – nach dem Ökonomen James Tobin benannte – Tobin-Tax und ist erhältlich bei: ATTAC Schweiz, Case postale 34, 1000 Lausanne 20 (schweiz@attac.org).
4 Hermann Sautter, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft?, in: Ökumenische Rundschau, Januar 1995, S. 464f.
5 Zit. nach Stephan Rothlin, Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt a.M. 1992, S. 69.
6 Vgl. Zeichen der Zeit: Die Überwindung des Kapitalismus – ein «Processus confessionis» für den Reformierten Weltbund, in: NW 1997, S. 266ff.
7 Vgl. Zeichen der Zeit: Eine Enzyklika wider den Neoliberalismus?, in: NW 1999, S. 17ff.
8 Vgl. Leszek Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960.
9 Ein Sozialistisches Programm, Olten 1919, S. 114.
10 Pfade in Utopia, Heidelberg 1950, S. 233.
11 Johannes Paul II., Enzyklika «Laborem exercens» vom 14. September 1981, Nr. 14.
12 Ebd.
13 A.a.O., Nr. 23.
14 Enzyklika «Sollicitudo rei socialis» vom 30. Dezember 1987, Nr. 20, 2.
15 Vgl. Dorothee Sölle in diesem Heft, S. 14ff.
16 Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus, Hamburg 1972 (Neudruck), S. 196.
17 Zit. nach Arnold Pfeiffer (Hg.), Religiöse Sozialisten, Olten/Freiburg im Breisgau 1976, S. 33.
18 Vgl. Der Mensch im Kosmos, München 1959, S. 292ff.
19 Vgl. Die Entstehung des Menschen, München 1961, S. 85ff.
20 Vgl. Der Mensch im Kosmos, S. 257ff.,
21 Die Zukunft des Menschen, Werke V, Olten/Freiburg 1963, S. 348, Anm. 1.
22 Weltreich, Religion und Gottesherrschaft, Erlenbach-Zürich 1922, Bd. II., S. 67.

■

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Nachträgliches zur Globalisierung in Ökonomie und Politik

Seit dem letzten «Zeichen der Zeit» hat die reale Entwicklung das Thema «Globalisierung» in Ökonomie und Politik fortgeschrieben. Ich denke an das «Davoser Forum» der 2000 Reichsten und Einflussreichsten, die so gar nichts gegen die Kapitulation der Politik vor der Wirtschaft vorkehren wollen. Ich denke als positives Beispiel aber auch an die Intervention der EU-Staats-und Regierungschefs gegen die Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei in Österreich, um den globalen Werten der Menschlichkeit und der Toleranz wenigstens innerhalb der eigenen «Gemeinschaft» Nachachtung zu verschaffen.

Neues vom «Zauberberg»

In *Thomas Manns* «Zauberberg» ringen Weltanschauungen miteinander, gibt es verschiedene Optionen für die Zukunft. Was heute auf dem «Zauberberg» diskutiert, wenn nicht zelebriert wird, ist der Fundamentalismus des totalen und dadurch im Keim immer schon totalitären Marktes. Mit fatalen Konsequenzen für soziale Werte und demokratische Institutionen, die dem Leben und Zusammenleben der Menschen Sinn geben könnten.

Den Auftakt zu «Davos» machte *Lester C. Thurow,* der gegenüber dem Tages-Anzeiger (27.1.00) darlegte, wie unvereinbar der globale Kapitalismus und die nur lokal verankerte Demokratie heute sind. Der US-amerikanische Star-Ökonom sagte es in schonungsloser Offenheit: «Wir befinden uns in einer Zeit, in der Firmen den Ländern zunehmend Befehle erteilen. Der Elektronikkonzern Intel zum Beispiel baute eine Fabrik in Israel, die Regierung des Landes musste 600 Millionen Dollar zahlen, damit Intel nicht Ägypten den Vorzug gab. Oder Brasilien überreichte dem Autokonzern Ford 700 Millionen, Alabam und South Carolina zahlen an BMW und Mercedes. Das heisst: Diese Firmen entrichten nie Steuern an diese Staaten, sondern die Einwohner dieser Staaten zahlen Steuern an die Unternehmen. Die mächtigen Konzerne sind zu Steuerkollektoren geworden. Wenn man eine globale Wirtschaft hat ohne globale Regierung, erhöht sich die Verhandlungsmacht der Unternehmen. Firmen sind mobil, Länder nicht – und so kann man mit Ländern spielen, zumal sich Länder zunehmend in kleine, weniger mächtige Einheiten aufsplittern. Der politische Prozess – bis hin zur Gesetzgebung – wird heute von Firmen beherrscht.»

So brutal war sie sonst nicht, die Sprache der in Davos versammelten Wirtschafts- und Politprominenz. Unter dem *Schock von Seattle* kam es gar zu einer *«Wertediskussion»*. Selbst *Bill Clinton* begrüsste «die neuen Kräfte, die im globalen Dialog gehört werden wollen» (TA 31.1.00). Er anerkannte auch, «dass es vielerorts zu einer Zunahme der Ungleichheit gekommen ist». Aber der US-Präsident wollte oder konnte nicht verraten, welche Gegenmassnahmen in Frage kämen. «Wir müssen mit dem Ungleichgewicht eine gewisse Zeit leben», sagte resigniert der CDU-Ministerpräsident von Sachsen, *Kurt Biedenkopf.* Der ehemalige Chefideologe von Margareth Thatcher, *John Gray,* bezeichnete die Konsequenzen des freien Marktes gar als «niederschmetternd» (Weltwoche 27.1.00). Trotzdem kam die «Wertediskussion» über beschwichtigende Formeln nicht hinaus.

Zu dieser «Wertediskussion» müsste endlich auch der *politische Liberalismus*

beitragen. Warum stellt er nicht wenigstens die Frage, was angesichts des Primats der Wirtschaft gegenüber der Politik noch von der *Gewaltenteilung* bleibt, die zu den höchsten Errungenschaften des modernen Rechtsstaates zählt. Gewiss gibt es der Form nach immer noch die drei Gewalten der Legislative, der Exekutive und der Judikative. Aber ihr Spannungsverhältnis gerät zur Idylle angesichts der Gewalt, die von der Wirtschaft ausgeht. Mit immer neuen Deregulierungen hat die Politik ihrer eigenen Abdankung Vorschub geleistet. Das eben ist die *Dialektik der Deregulierung,* dass sie der Wirtschaft erlaubt, nicht nur ihr Kapital, sondern auch ihre Macht zu vermehren. Deregulierung schlägt so um in neue Regulierung, aber jetzt nicht mehr in eine Regulierung der Wirtschaft durch die Politik, sondern in eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Diese gibt dem Staat den Tarif durch, nicht nur den Steuertarif, sie beansprucht vielmehr die volle Definitionsmacht über das Gemeinwohl, das auf blosse Profitverträglichkeit reduziert wird. Das aber ist eine sozialethisch unzulässige Form der Annexion politischer Macht durch Gebilde, die keine demokratische Legitimation besitzen.

Montesquieu zog mit seiner Lehre von der Gewaltenteilung die Konsequenz aus der Erfahrung, dass Menschen, die über Macht verfügten, immer auch versucht seien, diese zu missbrauchen. Darum benötigten sie eine Gegenmacht, die ihnen eine Grenze setzen würde. Wo nun wäre heute diese Gegenmacht gegenüber einer sich selbst überlassenen, ausser Rand und Band geratenen Ökonomie? Solange die Wirtschaft global operiert und die Politik im lokalen, bestenfalls regionalen Rahmen verharrt, wird sie zum Spielball der Global Players, wie sie sich selbstgefällig selber nennen.

Der Primat der Wirtschaft über die Politik ist die Rückführung des Menschen in *selbstverschuldete Unmündigkeit,* wie Kant sagen würde, ist Fremdbestimmung und damit *Entfremdung*. Die Sprache verrät es einmal mehr: Ein Wort wie «Humankapital» signalisiert, dass der Mensch nicht mehr ein Zweck an sich selbst, sondern Mittel zum Zweck der Marktmaschine geworden ist. *Tony Blair* formulierte es am Davoser Gipfel auf seine Weise: «Eine Wirtschaft, die auf Wissen basiert, macht die Leute zum wichtigsten nationalen Rohstoff» (TA 29.1.00). Solche Terminologie erinnert an das «Menschenmaterial», das von einer sprachkritischen Jury soeben zum «Unwort des Jahrhunderts» erklärt wurde...

Vom «Dritten Weg» einer *«Wirtschaftsdemokratie»* als Ausweg aus der – nun auch in Davos unverhüllt zutage getretenen – Krise der globalen Ökonomie war im letzten «Zeichen der Zeit» ebenfalls die Rede. Die Utopie wird von unerwarteter Seite fortgeschrieben. Das TA-Magazin (März/2000) zitiert den ehemaligen Chefökonomen der Weltbank, *Joseph Stiglitz,* der an der Jahrestagung der American Economic Association sagte, «die Sanierungspläne des Währungsfonds und der jeweiligen ostasiatischen Regierungen während der Finanzkrise hätten den Arbeitern zur Mitentscheidung unterbreitet werden müssen. Nur dadurch hätte man grobe Fehler verhindern können, dass nicht die Ärmsten die Folgen der Krise ausbadeten.»

Globalisierung der Werte contra Rechtsextremismus

Zur «Wertediskussion» angesichts der Globalisierung gehört die Frage nach den normativen Grundlagen, die für den Zusammenhalt der Völkergemeinschaft unabdingbar sind. Die *Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ* in Österreich am 4. Februar machte die Probe aufs negative Exempel. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben ein mutiges und zukunftsweisendes Zeichen gesetzt, als sie Österreich zu bedenken gaben, dass Europa nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern auch eine «Wertegemeinschaft» sein will. «Rassistische und fremdenfeindliche Verhaltensweisen», würden nicht geduldet, heisst es in der Erklärung des amtierenden Präsidenten des EU-Ministerrates *António Guterres*.

Wie recht sie doch haben: Die *FPÖ* folgt einem Parteipräsidenten, der das Naziregime verharmlost, Churchill mit Hitler gleichsetzt, die Konzentrationslager als «Straflager» bezeichnet, den SS-Veteranen «Charakter» und «Anständigkeit» attestiert, die «ordentliche Beschäftigungspolitik» des Dritten Reichs belobigt und sein eigenes Land als «ideologische Missgeburt» bezeichnet. Mag er sich mittlerweile moderat geben, den Tatbeweis einer anderen Gesinnung ist er schuldig geblieben. Ein solcher Tatbeweis kann auch nicht durch die Regierungsbeteiligung erbracht werden, sondern müsste ihr vorausgehen.

Gewiss ist die EU mit ihrer Verurteilung des Haider-Schüssel-Regimes alles andere als konsequent. Wo war die EU, als Berlusconi 1994 mit dem Neo-Faschisten Gianfranco Fini koalierte? Und gewiss ist auch die österreichische Sozialdemokratie an der heutigen Entwicklung nicht unschuldig. Schon Bruno Kreisky liess sich 1970 seine Minderheitsregierung durch die FPÖ unterstützen. Aber auch die Koalitionen der SPÖ mit der ÖVP bildeten ein reformunfähiges Machtkartell, das seinen Kredit immer mehr verspielte. Der Wahlkampf der Sozialdemokratie stand so sehr unter den *neoliberalen Vorzeichen* von Privatisierung und Deregulierung, dass er vor allem in der Arbeiterschaft jenes Gefühl von Heimatlosigkeit provozieren musste, das sich nun als Nährboden von Fremdenhass und Rechtsextremismus herausstellt.

Aber wenn die EU sich endlich aufrafft, ihre Werte zu definieren und durchzusetzen, kann man nur sagen: Besser spät als nie. Damit werden auch Zeichen gegenüber möglichen Beitrittskandidaten von Osteuropa bis zur Türkei gesetzt. Natürlich auch gegenüber der Schweiz, die mit ihrer wählerstärksten Partei, der *Schweizerischen Volkspartei (SVP),* ein Problem hat, das demjenigen Österreichs nicht unähnlich ist. Selbst der Europarat charakterisierte die SVP am 25. Januar als eine jener Parteien, die wegen fremdenfeindlicher Tendenzen nicht an Regierungen beteiligt werden sollten. Darum das Wutgeheul der Betroffenen, die nun von «fremden Vögten» daherreden. Werte sind jedoch keine Vögte, sondern Grundlagen der Gemeinschaft. Wer sich an ihnen vergreift, verlässt auch den Grundkonsens der Gemeinschaft. Wo liegt die ungebührliche Intervention einer EU, die das feststellt?

Was sich vor allem die Zürcher SVP an Plakataktionen gegen ein Kontaktnetz für Kosovo-Albaner im letzten Frühjahr erlaubte, an welche niedrigsten Instinkte ihre Messerstecherinserate und die Hetze gegen «rot-grüne Filzläuse» appellierten, geht noch über das hinaus, was Österreich und Europa sich von der FPÖ gefallen lassen müssen. Hinzu kam das Wahlplakat der Landespartei mit jenem Finsterling, der aus dem zerschnittenen Schweizerkreuz ins Freie drängte. Als der Chef der Wiener FPÖ dieses Wahlinserat der SVP gegen den «Asylmissbrauch» sah, meinte er: «Na servus, so hätte ich mir das nicht getraut!» (SoZ 6.2.00). Nun, der fragliche Herr Kabas wurde von Bundespräsident Klestil als Minister abgelehnt, und zwar wegen seiner Wahlplakate.

Dieselbe rechtsbürgerliche Schweiz, die sich heute über die europäische Kritik am Haider-Schüssel-Regime aufregt, blieb stumm, als 1973 der Putsch in Chile unter Mitwirkung des amerikanischen Geheimdienstes erfolgte, und als 1974 die griechischen Obristen nach Nato-Drehbuch die Macht an sich rissen. Sie hatten auch nichts an der permanenten Interventionsdrohung der Nato gegen eine Regierungsbeteiligung der KPI in Italien auszusetzen. Und jetzt soll ein moralisches Mahnwort der EU gegen die Unterwanderung eines Mitgliedstaates durch den Rechtsextremismus plötzlich eine unzulässige Einmischung in die «inneren Angelegenheiten» dieses Staates sein. Die Kritik fällt auf ihre Urheber zurück und zeigt, für welche Bündnisse und «Werte» sie selber stehen.

*

Noch eine andere, für mich besonders traurige Fortschreibung des letzten «Zei-

chens der Zeit» war die Nachricht vom Tod des Kommunisten, von dessen Besuchen ich erzählt habe. Am 18. Januar wurde er von dieser Welt, die er liebte und für die er Grosses hoffte, abberufen. Seine Ideale sind gescheitert, nicht aber seine Liebe und seine Hoffnung. *Karl Göhri,* so hiess der Genosse, bestätigte durch seinen aufrechten Gang den Satz von Leonhard Ragaz: «Gott kann sehr wohl bei den Sozialisten sein, die ihn leugnen, und kann bei den Christen, die ihn bekennen, nicht sein.»

Aus unseren Vereinigungen

Die Sprache der Macht und die Macht der Sprache – Ferienkurs der Religiös-Sozialistischen Vereinigung (19.–24. September 1999)

Wo in einem Menschen etwas lebt, das grösser ist, als er selbst, etwas Weites, Freies, Menschliches, ... da ist Gott, auch wenn er nicht genannt wird.

L. Ragaz

Gelebte Spiritualität

Es könnte den Machthabern so passen, wenn der Sozialismus am Ende wäre und das Christentum aus der Öffentlichkeit verschwände. Und wenn «Solidarität» bloss noch warme Luft im Mund von Sonntags- und Wahlkampfrednern wäre, ein Propaganda- oder Werbeslogan ohne verpflichtenden Inhalt – *Sprache der Macht* eben, gut zur Manipulierung und Beruhigung der «selbstverantwortlichen» Bürgerindividuen, günstig in Zeiten deregulierter Globalisierung, im liberalisierten Tanz um das Goldene Kalb. – Globalisierung ja, aber in der Verbundenheit mit den Anderen und für sie und für den Planeten Erde. Verbundenheit mit den «Protestleuten gegen den Tod», mit der «Wolke von Zeugen», in der «Brüderschaft der vom Schmerz Gezeichneten».

Als im Verlauf unseres Ferienkurses das Gespräch um Macht und Sprache einmal recht theorielastig wurde, bemerkte *Hans Schilt:* Man sage doch «Kopf, Herz und Hand», aber immer wieder beanspruche der Kopf allein die Kompetenz, auch wenn es um unser aller gemeinsame Angelegenheiten gehe. Er hat damit wohl etwas Entscheidendes gesehen. Es sollten die Menschheitsangelegenheiten auf eine Art zur Diskussion gestellt werden, dass bei der Problemlösung auch die «Herz»-Kompetenz und die «Hand»-Kompetenz eingebracht werden könnten. Als notwendende Ergänzung, nicht als Alternative. Die Reduktion auf technisch-ökonomische Machtentfaltung braucht eine heilende Ergänzung – «etwas Weites, Freies, Menschliches»(Ragaz).

Es war für mich schon im Ferienkurs des Vorjahres eine gute Erfahrung gewesen, in den Nachfahren des *Petrus Waldus* Spuren einer Alternativspiritualität erfahren zu dürfen, beispielsweise in Institutionen wie dem Altersheim der Waldenserinnen und Waldenser. Oder *religiös-soziale Spiritualität* in der Tradition eines Leonhard Ragaz. Es erfüllt mich mit Dankbarkeit, mit Menschen zusammen zu sein, die diese Spiritualität verkörpern, etwa in der Art, wie sie sich und mir begegnen, oder in der politischen Unruhe, die in ihnen glimmt: «Herz»-Kompetenz, «Hand»-Kompetenz. Dies um so mehr, als es nicht mehr selbstverständlich war, dass sie unter uns sein konnten. *Hans* und *Hanni Schilt* konnten nur teilnehmen, weil *Urs Eigenmann* sie vor ihrer Haustür abholte.

Für die Ausbildung einer lebbaren Spiritualität scheint mir die Formulierung *Max Picards «das Schweigen beim Wort»* (in seinem 1948 erschienenen Buch «Die Welt des Schweigens») hilfreich zu sein als Ergänzung zu den Tätigkeiten des Analysierens, Aufklärens, Strategieentwerfens, weil es ganzheitlicher ist. Gemeint ist natürlich etwas anderes als das versteinerte Verstummen, wenn provozierender Hohn entgegenschlägt. Die schweigende Achtsamkeit entgegenhalten setzt Power voraus und meint: das standhaltende Hinsehen und Hinhören. Achtsamkeit auf die Einfälle aus der Erinnerung wird zum Mutterboden des Wortes.

«Worte wie Arsendosen»

Unser Thema «Die Sprache der Macht und die